

Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7

6. Dezember 2023

Wir, die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Gruppe der Sieben (G7), sind am 6. Dezember 2023 virtuell zusammengekommen, um uns mit den globalen Herausforderungen zu befassen und die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen. Wir bekräftigen das Bekenntnis, das wir auf dem G7-Gipfel von Hiroshima abgegeben haben, einer Stadt, auf die eine Atombombe abgeworfen wurde und die heute zu einem Symbol des Friedens geworden ist. An unserem Treffen hat auch der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selensky, teilgenommen. Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass die Rechtsstaatlichkeit, die alle Nationen schützt, insbesondere die schutzbedürftigen, sowie die globale Sicherheit und die Menschenwürde in allen Teilen der Welt geachtet werden. Wir sind geeinter denn je in unserem Streben nach Weltfrieden, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung und haben unser Engagement mit internationalen Partnern außerhalb der G7 verstärkt. Wir danken der japanischen Präsidentschaft für die Führungsrolle, die sie in diesem Jahr eingenommen hat.

<Ukraine>

Seit 650 Tagen widersetzen sich die Menschen in der Ukraine mutig Russlands illegaler Aggression. Wir zollen ihrer Tapferkeit und ihrem Durchhaltewillen Respekt und sprechen denen, die Leid erfahren, unser uneingeschränktes Mitgefühl und Beileid aus. Wir würdigen die Opfer, die die Ukraine gebracht hat, um ihre Freiheit und unsere gemeinsamen Werte zu bewahren. Unser festes Bekenntnis zur Unterstützung des Kampfes der Ukraine für ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit wird niemals nachlassen. Wir ergreifen heute zusätzliche Maßnahmen, um die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Streben nach einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zu unterstützen, der alle Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen (VN) einschließlich der Achtung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität wahrt.

Wir sind entschlossen, eine unabhängige und demokratische Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zu unterstützen. Wir unterstützen die Ukraine unverändert, indem wir Präsident Selenskys Friedensformel weiterentwickeln. Wie in der Gemeinsamen Erklärung der Staats-

und Regierungschefinnen und -chefs der G7 zur Unterstützung der Ukraine vom 12. Juli 2023 dargelegt, stellen wir unsere beständige Unterstützung für die Ukraine durch konkrete, bilaterale, langfristige Sicherheitszusagen und Sicherheitsarrangements auf eine formale Grundlage.

Wir sind weiterhin entschlossen, alle Gegenstände mit Ausfuhrbeschränkungen zu belegen, die für die militärische und industrielle Grundlage Russlands unverzichtbar sind, darunter auch solche, die auf dem Gefechtsfeld zum Einsatz kommen, und wir rufen Dritte auf, dies ebenfalls zu tun. Wir wiederholen unseren Aufruf an Dritte, ihre materielle Unterstützung für Russlands Aggression unverzüglich einzustellen oder andernfalls hohe Kosten in Kauf nehmen zu müssen. Wir werden die Nutzung des internationalen Finanzsystems durch Russland zur Förderung seines Kriegs in der Ukraine weiter beschneiden, auch die Anstrengungen Russlands, das internationale Finanzsystem zu nutzen, um seine militärisch-industrielle Basis auszubauen. Wir werden unsere Maßnahmen aktualisieren. Wir werden unsere Bemühungen zur Verhinderung der Umgehung und Vermeidung unserer Sanktionen und Ausfuhrkontrollmaßnahmen verstärken. Wir werden weiterhin gegen Akteure aus Drittstaaten vorgehen, die Russlands Krieg materiell unterstützen, auch indem wir dort, wo dies angemessen ist, zusätzliche Maßnahmen gegen Rechtsträger in Drittstaaten verhängen. Wir zielen auf die militärischen Beschaffungsnetzwerke Russlands und auf diejenigen ab, die Russland bei der Beschaffung von Werkzeugmaschinen, Ausrüstung und wichtigen Vorprodukten unterstützen.

Wir beschneiden Russlands Fähigkeit, seinen illegalen Krieg zu finanzieren, indem wir Maßnahmen ergreifen, um Russlands Einnahmen aus dem Energiesektor und seine künftigen Möglichkeiten im Rohstoffbereich zu begrenzen. Wir haben unsere Abhängigkeit von russischer Energie und von russischen Rohstoffen drastisch reduziert. Wir sind entschlossen, unsere diesbezügliche Arbeit zu beschleunigen, damit Russland nicht länger Energie als Waffe gegen uns einsetzen kann. Wir sind entschlossen, für eine stärkere Einhaltung und Durchsetzung der Politik der Preisobergrenze für russisches Öl zu sorgen, auch durch die Verhängung von Sanktionen gegen diejenigen, die Praktiken der Verschleierung nutzen, sowie erforderlichenfalls durch die Aktualisierung unserer Regeln und Vorschriften zu ihrer Einhaltung. Ferner werden wir uns weiterhin bemühen, Russlands Einnahmen aus anderen einschlägigen Wirtschaftszweigen zu mindern. Ferner werden wir uns weiterhin bemühen, Russlands Einnahmen aus Metallen zu mindern. Wir werden bis zum 1. Januar 2024 Importbeschränkungen für nicht industriell genutzte

Diamanten einführen, die in Russland geschürft, verarbeitet oder hergestellt wurden, sowie geplant ab dem 1. März 2024 weitere gestaffelte Beschränkungen auf die Einfuhr russischer Diamanten auferlegen, die in Drittstaaten verarbeitet wurden. Damit diese Maßnahmen größtmögliche Wirkung zeigen, werden diejenigen G7-Mitglieder, die im großen Stil Rohdiamanten importieren, bis zum 1. September 2024 innerhalb der G7 einen robusten Überprüfungs- und Zertifizierungsmechanismus für Rohdiamanten auf der Grundlage der Rückverfolgbarkeit einführen, und wir werden uns bezüglich seiner Ausgestaltung und Umsetzung weiterhin mit Partnern absprechen, darunter auch mit Produktionsländern und verarbeitenden Ländern.

Wir werden die Konsultationen im Kreis der G7-Mitglieder und mit anderen Partnern einschließlich Herstellerländern und verarbeitenden Ländern mit dem Ziel umfassender Kontrollen für Diamanten, die in Drittstaaten hergestellt und verarbeitet werden, sowie zu Rückverfolgbarkeitsmaßnahmen fortführen.

Jetzt, wo Russland den Winter als Waffe gegen die Menschen in der Ukraine nutzen möchte, verstärken wir unsere Anstrengungen zur Bereitstellung von humanitärer Hilfe und unverzichtbarer Unterstützung im Energiebereich. Wir verurteilen nachdrücklich die russischen Angriffe auf kritische und zivile Infrastruktur in der gesamten Ukraine. Wir unterstützen die Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine, auch durch die von vielen Akteuren getragene Geberkoordinierungsplattform für die Ukraine, und bemühen uns, weiteres Engagement vonseiten unserer Privatwirtschaft anzuregen. Wir sehen einem erfolgreichen Abschluss der anstehenden Überprüfung des Programms des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Ukraine erwartungsvoll entgegen und unterstützen die fortgesetzte Reformagenda der Ukraine einschließlich ihrer Bemühungen im Sinne eines europäischen Weges. Bei der Lenkung außerordentlicher Einnahmen, die von privaten Akteuren gehalten werden und direkt aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten stammen, in die Unterstützung der Ukraine müssen deutliche Fortschritte erzielt werden, und zwar im Einklang mit geltenden vertraglichen Verpflichtungen sowie geltendem Recht. Wir bekräftigen erneut, dass im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtssystemen Russlands staatliche Vermögenswerte in unseren Hoheitsgebieten eingefroren bleiben, bis Russland den Schaden begleicht, den es der Ukraine zugefügt hat. Es ist nicht richtig, dass Russland entscheidet, ob beziehungsweise wann es den Schaden begleicht, den es in der Ukraine verursacht hat. Russlands völkerrechtliche Verpflichtungen sind eindeutig: Russland muss sowohl seinen illegalen Angriffskrieg

beenden als auch den Schaden begleichen, den es verursacht hat und der sich der Weltbank zufolge aktuell bereits auf über 400 Milliarden US-Dollar beläuft. In Anbetracht der Dringlichkeit, Russlands Versuche zu unterbinden, die ukrainische Wirtschaft zu zerstören, sowie angesichts Russlands fortgesetzter Missachtung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen werden wir im Einklang mit unseren jeweiligen Rechtssystemen und dem Völkerrecht alle möglichen Wege ausloten, um der Ukraine dabei zu helfen, Kompensationsleistungen von Russland zu erhalten. Wir weisen unsere jeweils zuständigen Ministerinnen und Minister an, bis zu unserem nächsten Treffen an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis dazu, die Verantwortlichen im Einklang mit dem Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen, auch durch Unterstützung der Bemühungen internationaler Mechanismen wie des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und des an Eurojust angegliederten Internationalen Zentrums für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine (ICPA), und wir begrüßen die im Rahmen der Kerngruppe geführten Gespräche über die mögliche Einrichtung eines Sondertribunals für die Ahndung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine.

Russlands verantwortungslose nukleare Rhetorik und seine Haltung der strategischen Einschüchterung sowie die Schwächung von Rüstungskontrollregimes durch Russland sind inakzeptabel. Androhungen des Einsatzes von Kernwaffen durch Russland, ganz zu schweigen von einem tatsächlichen Einsatz von Kernwaffen durch Russland, im Kontext von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sind unzulässig. Wir bedauern zutiefst Russlands Entscheidung, seine Ratifikation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen zurückzunehmen. Wir unterstützen nachdrücklich die fortgesetzte Präsenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in allen Atomanlagen der Ukraine und fordern ihren ungehinderten Zugang zu diesen.

Wir missbilligen Russlands systematische Angriffe auf ukrainische Schwarzmeerhäfen, Getreidevorräte und die Getreideinfrastruktur. Wir unterstützen alle Bemühungen, auch diejenigen der VN, die Ausfuhr von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine zu erleichtern. Wir begrüßen den Erfolg der ukrainischen Seekorridore und der Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine. Die wachsende globale Lebensmittel- und Ernährungsunsicherheit wird durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine noch verschärft.

< Naher Osten >

Wir verurteilen einmütig die entsetzlichen terroristischen Anschläge, die die Hamas und andere seit dem 7. Oktober 2023 überall in Israel verüben. Wir unterstreichen Israels Recht, sich selbst und sein Volk im Einklang mit dem Völkerrecht gegen die Hamas zu verteidigen, in seinem Bestreben, zu verhindern, dass sich diese traumatischen Ereignisse, zu denen Mord, Geiselnahme, sexualisierte Gewalt und Angriffe auf Kinder gehören, wiederholen. Die Hamas bietet dem palästinensischen Volk nichts als Leid und steht einer besseren Zukunft für die Menschen und die Region im Wege. Wir werden unsere Bemühungen, die Hamas zu isolieren und zu gewährleisten, dass sie Israel nicht bedrohen kann, weiterhin abstimmen.

Wir begrüßen die jüngste Feuerpause, die die Freilassung von Geiseln und lebensnotwendige humanitäre Hilfe im Gazastreifen ermöglicht hat und die unter der Führung der Vereinigten Staaten, Katars, Ägyptens und anderer Länder aus der Region erreicht wurde, bedauern jedoch zutiefst, dass die Hamas sich geweigert hat, alle weiblichen Geiseln freizulassen, und die militärischen Operationen wiederaufgenommen wurden. Die Hamas hat gezeigt, dass sie nach wie vor eine Bedrohung für Israels Sicherheit darstellt, was durch ihren kontinuierlichen Raketenbeschuss seit dem 7. Oktober ebenso verdeutlicht wird wie durch ihre öffentlichen Äußerungen, in denen sie ihre Absicht erklärt, Israel auch in Zukunft anzugreifen. Wir fordern mit Nachdruck die umgehende Freilassung aller verbleibender Geiseln ohne Vorbedingungen. Gleichzeitig muss schneller gehandelt werden, um der sich verschärfenden humanitären Krise in Gaza zu begegnen und die Zahl ziviler Opfer zu minimieren. Wir unterstützen und begünstigen weitere humanitäre Feuerpausen, um dies zu ermöglichen.

Wir sind ferner zutiefst besorgt über die verheerenden Auswirkungen auf die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen. Es bedarf darüber hinaus wirksamerer Maßnahmen, um die Vertreibung weiterer Menschen zu verhindern und die zivile Infrastruktur zu schützen. Es muss jede Anstrengung unternommen werden, um ungehinderten und kontinuierliche humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung zu gewährleisten, einschließlich Lebensmittel, Wasser, medizinische Versorgung, Treibstoff und Unterkunft sowie Zugang für humanitäre Helferinnen und Helfer. Die Bevölkerung wird immer schutzbedürftiger, und da der Winter bevorsteht, müssen wir den Fluss der humanitären Hilfe für den Gazastreifen weiter steigern, um den Bedarf vor Ort vollständig zu decken, auch durch die Öffnung zusätzlicher Übergänge. Wir unterstreichen die Bedeutung von

Konfliktentschärfung, Schutz der Zivilbevölkerung und der Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts. Seit dem 7. Oktober 2023 haben wir über 600 Millionen US-Dollar an Hilfe für die palästinensische Bevölkerung zugesagt, auch über das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und weitere Sonderorganisationen der VN sowie andere humanitäre Akteure. Wir rufen die internationale Staatengemeinschaft auf, den Soforthilfeaufruf (Flash Appeal) der VN vollständig zu finanzieren, und leisten einen Beitrag zu diesen Bemühungen.

Wir verurteilen den Anstieg der Gewalt gegenüber Palästinensern vonseiten extremistischer Siedler, der die Sicherheit und Stabilität im Westjordanland untergräbt und die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden bedroht. Diejenigen, die Verbrechen begangen haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Regionale Akteure müssen destabilisierende Aktivitäten einstellen: Insbesondere rufen wir Iran auf, von einer Unterstützung der Hamas, der Hisbollah, der Huthi und anderer nichtstaatlicher Akteure abzusehen und seinen Einfluss bei diesen Gruppen im Sinne einer Deeskalation der regionalen Spannungen zu nutzen. Wir arbeiten gemeinsam mit Partnern in der Region intensiv daran, eine weitere Eskalation und Ausweitung des Konflikts zu verhindern. Unter Verweis auf die globale Bedeutung der maritimen Sicherheit rufen wir alle Parteien auf, die rechtmäßige Ausübung von Schifffahrtsrechten und -freiheiten aller Schiffe nicht zu bedrohen oder zu behindern, und wir verurteilen die vier Angriffe am 3. Dezember auf drei unterschiedliche Handelsschiffe, die Verbindungen zu 14 unterschiedlichen Nationen haben und in internationalen Gewässern im südlichen Roten Meer unterwegs sind. Wir rufen insbesondere die Huthi auf, unverzüglich die Angriffe auf Zivilpersonen und die Bedrohung der internationalen Schifffahrtswege und Handelsschiffe zu beenden. Es gibt Gründe zu der Annahme, dass die Angriffe der Huthi durch Iran ermöglicht werden. Wir bringen unsere tiefe Sorge über den Anstieg von Hetze und hasserfüllten Handlungen weltweit seit Beginn des Konflikts zum Ausdruck und lehnen jede Form des Antisemitismus und der Islamophobie kategorisch ab.

Israelis und Palästinenser haben das gleiche Recht auf ein Leben in Sicherheit, Würde und Frieden. Wir sind entschlossen, mit Partnern eng zusammenzuarbeiten, um dabei zu helfen, die Voraussetzungen für eine nachhaltige, langfristige Lösung für Gaza zu schaffen. Wir müssen ferner für eine Rückkehr zu einem umfassenderen Friedensprozess sorgen. Wir bekennen uns weiterhin zu einem palästinensischen Staat als Teil einer Zweistaatenlösung, die es

sowohl Israelis als auch Palästinensern ermöglicht, in einem gerechten, dauerhaften und sicheren Frieden zu leben.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, dass Iran niemals eine Kernwaffe entwickeln darf, und wiederholen, dass Iran seine unverminderte Eskalation seines Nuklearprogramms beenden muss, das keine glaubwürdige zivile Rechtfertigung hat und Iran echten waffenbezogenen Aktivitäten gefährlich nahebringt. Wir rufen Iran auf, seinen rechtlichen Verpflichtungen und politischen Zusagen im Hinblick auf die Nichtverbreitung von Kernwaffen durch unverzügliches Handeln nachzukommen, einschließlich der uneingeschränkten und bedingungslosen Zusammenarbeit mit der IEAO.

<Indopazifik und die Region>

Gemeinsam mit regionalen Partnern, auch mit dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und seinen Mitgliedstaaten, mit südasiatischen Staaten sowie den Inselstaaten im Pazifik, werden wir unsere Bemühungen hin zu einem freien und offenen indopazifischen Raum fortsetzen, in dem niemand ausgeschlossen wird, in dem Wohlstand und Sicherheit herrschen und der auf Rechtsstaatlichkeit beruht und gemeinsame Grundsätze schützt.

In Bekräftigung des Kommuniqués von Hiroshima der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7 stehen wir als G7-Partner bei folgenden Punkten, auf denen unsere jeweiligen Beziehungen zu China gründen, zusammen:

- Wir sind bereit, konstruktive und stabile Beziehungen mit China aufzubauen, wobei wir anerkennen, wie wichtig es ist, offen mit China zu kommunizieren und unsere Sorgen China gegenüber direkt anzusprechen. Wir handeln in unserem nationalen Interesse. Angesichts seiner Rolle innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft und der Größe seiner Volkswirtschaft ist es notwendig, bei globalen Herausforderungen sowie in Bereichen von gemeinsamem Interesse mit China zusammenzuarbeiten.
- Wir fordern China auf, sich auch in internationalen Foren bei Themen wie Klima- und Biodiversitätskrise, Bewahrung der natürlichen Ressourcen im Rahmen der Übereinkommen von Paris beziehungsweise von Kunming und Montreal, Schuldentragfähigkeit und Finanzierungsbedarf schutzbedürftiger Länder sowie globale Gesundheit und makroökonomische Stabilität einzubringen.
- Unsere Politik soll China nicht schaden und wir haben nicht die Absicht, den wirtschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu behindern. Ein wachsendes China, das sich an die internationalen Regeln hält,

wäre von globalem Interesse. Wir setzen nicht auf Entkopplung oder Abschottung. Gleichzeitig erkennen wir, dass für wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Risikominderung und Diversifizierung erforderlich sind. Wir werden einzeln und gemeinschaftlich Maßnahmen ergreifen, um in unsere eigene wirtschaftliche Dynamik zu investieren. Wir werden übermäßige Abhängigkeiten in unseren kritischen Lieferketten verringern.

- Was die Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Beziehungen mit China und die Stärkung des internationalen Handelssystems betrifft, werden wir uns mit Nachdruck für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für unsere Unternehmen einsetzen. Wir wollen die Herausforderungen bewältigen, die sich durch Chinas nicht marktorientierte Strategien und Praktiken ergeben, welche weltweit zu wirtschaftlichen Verzerrungen führen. Wir werden böswilligen Praktiken entgegenwirken, beispielsweise unrechtmäßigem Technologietransfer oder unrechtmäßiger Datenpreisgabe. Wir werden die Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichem Zwang fördern. Wir erkennen ferner die Notwendigkeit, bestimmte moderne Technologien zu schützen, die genutzt werden könnten, um unsere nationale Sicherheit zu bedrohen, ohne jedoch Handel und Investitionen über Gebühr einzuschränken.
- Wir sind nach wie vor ernsthaft besorgt angesichts der Lage im Ost- und Südchinesischen Meer. Wir lehnen einseitige Versuche zur gewaltsamen oder erzwungenen Änderung des Status quo entschieden ab.
- Wir bekräftigen die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der gesamten Taiwanstraße als unverzichtbar für Sicherheit und Wohlstand der internationalen Gemeinschaft. Die G7-Mitglieder haben ihre grundsätzlichen Positionen in Bezug auf Taiwan nicht geändert, auch nicht die erklärte Ein-China-Politik. Wir rufen zu einer friedlichen Lösung der Probleme zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße auf.
- Wir werden unserer Besorgnis über die Menschenrechtslage in China, auch in Tibet und in Xinjiang, wo Zwangsarbeit uns große Sorge bereitet, weiter Ausdruck verleihen. Wir rufen China auf, seinen Verpflichtungen im Rahmen der Gemeinsamen Britisch-Chinesischen Erklärung und des Grundgesetzes für Hongkong nachzukommen, worin Rechte, Freiheiten und ein hoher Grad an Autonomie für Hongkong verankert sind.
- Wir rufen China auf, im Einklang mit seinen Verpflichtungen nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und dem Wiener

Übereinkommen über konsularische Beziehungen zu handeln und Aktivitäten der Einflussnahme zu unterlassen, die zum Ziel haben, Sicherheit und Schutz unserer Bevölkerung, die Unversehrtheit unserer demokratischen Institutionen und unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu untergraben.

- Wir fordern China auf, gegenüber Russland darauf zu dringen, seine militärische Aggression zu beenden und seine Truppen unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus der Ukraine abzuziehen. Wir ermutigen China zur Unterstützung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens auf der Grundlage territorialer Unversehrtheit sowie der Grundsätze und Ziele der VN-Charta, auch durch seinen direkten Dialog mit der Ukraine.

Es gibt keine Rechtsgrundlage für Chinas expansive maritime Ansprüche im Südchinesischen Meer, und wir lehnen Chinas Aktivitäten zur Militarisierung in der Region ab. Wir betonen den universellen und einheitlichen Charakter des Seerechtsübereinkommens der VN (UNCLOS) und bekräftigen die wichtige Rolle des Seerechtsübereinkommens bei der Festlegung des Rechtsrahmens, durch den alle Aktivitäten in den Ozeanen und Meerengeregelt werden. Wir unterstreichen ferner, dass die Entscheidung des Schiedsgerichts vom 12. Juli 2016 einen bedeutenden Meilenstein darstellt, der für die Streitparteien rechtlich bindend ist und eine hilfreiche Grundlage für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Parteien bietet.

Wir bekräftigen unseren Aufruf, dass alle Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörper Nordkoreas vollständig, nachprüfbar und unwiderruflich zerstört werden müssen. Wir rufen alle Mitglieder der Vereinten Nationen auf, alle einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats (VNSR) uneingeschränkt umzusetzen. Wir verurteilen mit Nachdruck die fortgesetzten Starts ballistischer Flugkörper, den am 21. November 2023 erfolgten Raketenstart unter Verwendung von Technologie für ballistische Flugkörper und den Transfer von Waffen von Nordkorea nach Russland, wodurch einschlägige Resolutionen des VNSR unmittelbar verletzt werden. Wir fordern Nordkorea nachdrücklich auf, Menschenrechte zu achten, internationalen humanitären Organisationen den Zugang zu erleichtern und die Frage der Entführungen unverzüglich zu klären.

Wir begrüßen Japans sicheren, transparenten und wissenschaftsbasierten Prozess, einschließlich der fortgesetzten Überwachung der Lage, durch den in proaktiver Abstimmung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Partnern, insbesondere aus der gesamten indopazifischen Region, und der IAEO die Ableitung von mithilfe der ALPS-Anlage aufbereitetem Wasser aus dem

Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ins Meer verantwortungsvoll durchgeführt wird. Wir begrüßen ferner den umfassenden Bericht der IAEO vom 4. Juli 2023 sowie ihre fortdauernden Überwachungstätigkeiten. Wir erkennen die Bedeutung der Präsenz der IAEO vor Ort während des Prozesses an.

Wir unterstützen Indonesien bei der Einleitung des Beitrittsprozesses mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie weitere Fortschritte bei laufenden Beitrittsprozessen im Allgemeinen.

<Unterstützung von Entwicklungsländern und Stärkung internationaler Finanzinstitutionen>

Wir bekräftigen unser festes Bekenntnis zur Erreichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG). Wir sind nach wie vor entschlossen, partnerschaftlich mit Entwicklungsländern, insbesondere mit Ländern mit niedrigem Einkommen, bei der Bewältigung vielfältiger und komplexer Herausforderungen und bei der Mobilisierung von Entwicklungsfinanzierung aus allen Quellen zusammenzuarbeiten. Wir erneuern unsere Zusage, bis 2027 über die G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII) bis zu 600 Milliarden US-Dollar an Finanzmitteln zu mobilisieren, indem öffentliche und private Finanzierungen und Investitionen durch maßgeschneiderte länderspezifische Ansätze erhöht und zentrale Wirtschaftskorridore geschaffen werden.

Wir setzen uns für bessere, größere und wirksamere multilaterale Entwicklungsbanken (MDB) ein, indem wir Betriebsmodelle optimieren, die Reaktionsfähigkeit und Zugänglichkeit verbessern und die Finanzierungskapazität in bedeutendem Umfang erhöhen, um eine größtmögliche Wirkung auf die Entwicklung zu erzielen, und indem wir dafür sorgen, dass die MDB besser als System zusammenarbeiten. Wir rufen die MDB nachdrücklich auf, ihre unermüdlichen Bemühungen fortzusetzen, um die Empfehlungen der G20 zu den Rahmenwerken für angemessene Eigenkapitalausstattung (CAF) weiter umzusetzen. Wir fordern die Weltbankgruppe dringend auf, die Umsetzung operativer und finanzieller Reformen fortzuführen. Wir werden die Zusage der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G20 umsetzen, gemeinsam für mehr Spielraum bei der Kreditvergabe und Finanzierung zu Vorzugsbedingungen sorgen, um die Kapazitäten der Weltbank dahingehend zu erweitern, dass sie hilfsbedürftige Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf der Grundlage eines klaren

Rahmenwerks für die Zuteilung knapper konzessionärer Mittel dabei unterstützen kann, globale Herausforderungen zu bewältigen, und dass sie den ärmsten Ländern umfassend Hilfe leisten kann. Die G7 hat bereits geplante Beiträge angekündigt, mit denen mehr als 35 Milliarden US-Dollar freigegeben werden, und wir werden unsere Anstrengungen verstärken, um hierzu wesentliche Beiträge zu leisten. Wir sind entschlossen, gemeinsam eine ehrgeizige 21. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) im nächsten Jahr zu gewährleisten. Wir werden im nächsten Jahr zusammenarbeiten, um die MDB bei der Verstärkung ihrer Anstrengungen, privates Kapital und inländische Ressourcen zu mobilisieren, zu ermutigen und zu unterstützen.

Hinsichtlich des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützen wir die Bemühungen, sicherzustellen, dass der Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum auf einer nachhaltigen Grundlage steht, um dem wachsenden Bedarf von Ländern mit niedrigem Einkommen gerecht zu werden. Wir begrüßen die Zustimmung des IWF-Exekutivdirektoriums zu einem Vorschlag an den Gouverneursrat, die 16. Allgemeine Quotenüberprüfung des IWF mit einer Erhöhung der Quoten bis zum 15. Dezember 2023 abzuschließen. Wir begrüßen die Erreichung des Weiterleitungsziels von 100 Milliarden US-Dollar bei Sonderziehungsrechten (SZR) und werden weiter tragfähige Möglichkeiten ausloten, wie SZR freiwillig durch MDB weitergeleitet werden können, wobei die einschlägigen innerstaatlichen rechtlichen Rahmenbedingungen gewahrt werden müssen und die Notwendigkeit beachtet werden muss, dass SZR Charakter und Status eines Reserveinstruments behalten.

Wir werden untereinander und mit Partnern zusammenarbeiten, um weitere Fortschritte hinsichtlich dieser globalen Agenda zu erzielen, unter anderem über die Direktorien von IWF und MDB sowie die G20 und durch Beratungen im Nachgang zum Pariser Pakt für die Menschen und den Planeten und der „Compact with Africa“-Konferenz der G20 in Berlin.

Wir werden Entwicklungsländern weiter dabei helfen, ihre Kapazitäten in Steuerangelegenheiten zu stärken, um tragfähige Steuereinnahmequellen zu generieren, die dazu beitragen, die SDG zu erreichen. Wir betonen ferner die Rolle, die diese Unterstützung bei der Umsetzung der Zwei-Säulen-Lösung des inklusiven Rahmens der G20/OECD gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung spielen kann.

Wir betonen erneut, wie dringend es ist, Schuldenanfälligkeiten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen. Dazu zählt auch, noch

ausstehende Länderstudien abzuschließen, zukünftige Schuldenregelungen transparenter und zeitnaher zu gestalten und unser Instrumentarium zu verbessern, um Länder, die Reformen angehen, auf eine nachhaltigere Grundlage zu stellen, bevor ein Krisenfall eintritt. Wir begrüßen den Abschluss der Vereinbarung (MoU) zur Schuldenregelung für Sambia und rufen zu einer raschen Einigung zur Schuldenregelung für Ghana und Äthiopien auf. Nach der kürzlich erfolgten Einigung zwischen Sri Lanka und seinen öffentlichen Gläubigern sehen wir der schnellen Lösung der Schuldenfrage Sri Lankas erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen die gemeinsamen Anstrengungen aller Akteure, auch privater Gläubiger, weiterhin auf eine Erhöhung der Schuldentransparenz hinzuarbeiten. Wir begrüßen die Rolle, die klimaresiliente Schuldenklauseln (Climate Resilient Debt Clauses, CRDC) dabei spielen können, angesichts der Auswirkungen des Klimawandels das Sicherheitsnetz für Kreditnehmer zu verbessern.

<Klimawandel, Energie und Umwelt>

Wir stehen nach wie vor unerschütterlich zu unserem Bekenntnis zum Übereinkommen von Paris und halten eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 °C durch verstärkte Maßnahmen in diesem kritischen Jahrzehnt in Reichweite. Wir begrüßen die erste weltweite Bestandsaufnahme und werden uns bei der gegenwärtigen 28. Tagung der Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC-COP 28) in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, um ehrgeizige Ergebnisse bemühen, und wir sprechen dem Vorsitz der Vereinigten Arabischen Emirate unsere umfassende Unterstützung aus. Wir begrüßen die rasche Annahme der Entscheidung zur Operationalisierung der neuen Finanzierungsvereinbarungen.

Zwar erkennen wir an, dass es je nach Energiesituation, industrieller und sozialer Struktur sowie geografischen Gegebenheiten jedes einzelnen Landes verschiedene Wege gibt, bekräftigen jedoch, dass diese zu unserem gemeinsamen Ziel von Netto-Null-Emissionen bis spätestens 2050 führen sollten, um eine Begrenzung auf 1,5 °C in Reichweite zu halten. Wir werden unter Berücksichtigung nationaler Gegebenheiten zu einer Verdreifachung der Kapazitäten im Bereich erneuerbare Energien und einer Verdopplung der jährlichen Verbesserungen im Bereich Energieeffizienz bis 2030 beitragen und dies fördern, wobei derzeit 123 Staaten diese Ziele auf der COP28 unterstützen. Dies geht einher mit der Beschleunigung des Ausstiegs aus der Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen ohne CCS, um unsere klimapolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Wir sind

entschlossen, einen Schwerpunkt auf konkrete und zeitnahe Schritte in Richtung des Ziels zu legen, den Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kohle, bei der keine CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) vorgenommen wird, in unseren jeweiligen Ländern zu beschleunigen, sowie die Schaffung neuer Kapazitäten zur Energieerzeugung aus Kohle ohne CCS zu beenden. Diejenigen G7-Mitglieder, die sich für eine Nutzung von Kernenergie entscheiden, erkennen deren Potenzial an, bezahlbare CO₂-arme Energie zu erzeugen und somit potenziell die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern, gegen die Klimakrise vorzugehen und die globale Energiesicherheit zu gewährleisten, indem sie die Grundlast liefert und für Netzflexibilität sorgt; diese G7-Mitglieder unterstützen das weltweit angestrebte Ziel, die Kernenergiekapazität im Zeitraum von 2020 bis 2050 zu verdreifachen, welches von einer Koalition aus 23 Staaten am Rande der COP28 unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten der einzelnen Länder gebilligt wurde.

Wir setzen unsere Zusagen in Bezug auf das Ziel der Industrieländer, spätestens 2020 pro Jahr und ab dann jährlich bis 2025 gemeinsam 100 Milliarden US-Dollar an Klimafinanzierung zu mobilisieren, weiter um und begrüßen, dass das Ziel aller Wahrscheinlichkeit nach 2022 erfüllt worden ist, wie der Bericht des Generalsekretärs der OECD deutlich macht. Wir unterstreichen, dass es nötig ist, die internationale Zusammenarbeit und Abstimmung im Rahmen der G7 und darüber hinaus zu verstärken. In diesem Zusammenhang und unter Verweis auf unsere Entschlossenheit, eine gerechte Energiewende in Entwicklungsländern zu unterstützen, begrüßen wir die Fortschritte, die in Bezug auf Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (JETP) mit Partnerländern erzielt worden sind, und werden unsere Bemühungen für deren Umsetzung weiter fortsetzen.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, den Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal zügig und vollständig umzusetzen und alle seine Ziele und Zielsetzungen zu erreichen. Wir sind entschlossen, der Plastikverschmutzung mit dem Ziel ein Ende zu setzen, zusätzlichen Plastikmüll bis 2040 auf Null zu reduzieren, auch durch ein völkerrechtlich bindendes Instrument.

<Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, wirtschaftliche Sicherheit>

Unter Verweis auf die Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G7 zu wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit und angesichts der Feststellung, dass der Einsatz wirtschaftlicher Anfälligkeiten als Waffe bei den G7-Mitgliedern und anderen Ländern wachsende

Besorgnis auslöst, sind wir entschlossen, weiterhin Fortschritte bei der Verbesserung unserer strategischen Abstimmung in diesen Fragen zu machen, auch durch die Koordinierungsplattform der G7 zu wirtschaftlichem Zwang. Wir werden unsere gemeinsame Bewertung, Vorsorge, Abschreckung und Reaktion in Bezug auf wirtschaftlichen Zwang verbessern und die Zusammenarbeit mit Partnern außerhalb der G7 weiter fördern. Wir werden uns ferner entsprechend abstimmen, um ins Visier genommene Staaten, Volkswirtschaften und Rechtsträger als Zeichen der Solidarität und Entschlossenheit, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren, zu unterstützen.

Wir haben unsere Kommunikationskanäle gestärkt, um Lieferstörungen zu begegnen, und uns über Erkenntnisse und bewährte Verfahren ausgetauscht, auch aus den jeweiligen Stresstests auf der Grundlage verschiedener Szenarien. Wir werden unsere Zusammenarbeit auf der Basis der Grundsätze für widerstandsfähige und verlässliche Lieferketten weiter intensivieren, auch für kritische Mineralien, Halbleiter und Batterien, die inzwischen von einer größeren Zahl von Partnern außerhalb der G7 unterstützt werden. Wir ermuntern alle Länder, sich dem anzuschließen. Wir begrüßen den erfolgreichen Start der „Partnerschaft für die Förderung resilienter und inklusiver Lieferketten“ und setzen unsere Unterstützung für ihre zügige und qualitativ hochwertige Umsetzung fort.

Wir bestätigen unsere gemeinsame Verantwortung und Entschlossenheit, uns abzustimmen, wenn es darum geht zu verhindern, dass die von uns entwickelten hochmodernen Technologien genutzt werden, um militärische Kapazitäten weiterzuentwickeln, durch die der Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet werden. Zu diesem Zweck werden wir soweit angemessen Informationen und Erfahrungswerte austauschen, um unser gemeinsames Verständnis von solchen Risiken und den für den Umgang mit ihnen erforderlichen strategischen Instrumenten weiterzuentwickeln und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen, auch betreffend Export und Investitionen, im Einklang mit den Gegebenheiten in jedem Land. Wir werden multilaterale Bemühungen um eine Zusammenarbeit im Bereich der Ausfuhrkontrollen weiter verstärken, um zu gewährleisten, dass Lücken in unserem Ökosystem zum Schutz von Dual-Use-Technologien nicht ausgenutzt werden können. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran zu verhindern, dass das eng begrenzte Set der technologischen Fortschritte, die als zentral für die Verbesserung der militärischen und geheimdienstlichen Kapazitäten von Akteuren angesehen werden, die diese Kapazitäten nutzen könnten, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

zu untergraben, durch das Kapital, die Fachkenntnisse und das Wissen unserer Unternehmen befördert wird. Wir erkennen an, dass angemessene Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, mit Auslandsinvestitionen verbundenen Risiken entgegenzutreten, wichtig sein könnten als Ergänzung bestehender Instrumente für gezielte Kontrollen von Ausfuhren und Inlandsinvestitionen, die ineinandergreifen, um unsere sensiblen Technologien davor zu schützen, in einer Weise eingesetzt zu werden, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, risikobasierte Strategien und Maßnahmen umzusetzen, um Forschungssicherheit und die Integrität der Forschung zu fördern.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, in Bezug auf wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit im G7-Rahmen zusammenzuarbeiten und uns abzustimmen, um in ganzheitlicher Weise im Jahresvergleich Fortschritte zu erzielen.

<Handel>

Wir betonen die Notwendigkeit, eine Reform der WTO anzustreben, um all ihre Funktionen im Rahmen eines inklusiven, durch die Mitglieder gesteuerten Prozesses zu verbessern, und bekennen uns weiterhin dazu, Gespräche darüber zu führen, wie bis 2024 ein uneingeschränkt einsatzfähiger und gut funktionierender Streitbeilegungsmechanismus geschaffen werden kann, zu dem alle Mitglieder Zugang haben. Wir werden weiterhin auf konkrete und ehrgeizige Ergebnisse bei der anstehenden 13. WTO-Ministerkonferenz hinarbeiten.

<Ernährungssicherheit>

Wir begrüßen die Fortschritte bei abgestimmten Maßnahmen der G7 mit einer Vielzahl von Akteuren zur Stärkung von Ernährungssicherheit und guter Ernährung weltweit. Wir erkennen die fortgesetzte Dringlichkeit an und bekräftigen unsere Entschlossenheit, mit Partnern außerhalb der G7 zusammenzuarbeiten, um resiliente und nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungssysteme aufzubauen und schrittweise das Recht auf eine angemessene und gute Ernährung für alle zu verwirklichen, insbesondere durch die Gewährleistung eines offenen und fairen landwirtschaftlichen Handels, die Förderung widerstandsfähiger Lebensmittellieferketten und die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität in nachhaltiger Weise. Wir unterstreichen ferner die Notwendigkeit, die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Düngemitteln sowie den Zugang dazu zu verbessern, und fördern ihren effizienten und verantwortungsbewussten Einsatz,

auch durch die lokale Düngemittelproduktion.

<Gesundheit>

Wir erneuern unser Bekenntnis, die globale Gesundheitsarchitektur (GHA) mit Blick auf künftige gesundheitliche Notlagen zu entwickeln und zu stärken, wobei eine resilientere, gerechtere und nachhaltigere allgemeine Gesundheitsversorgung (UHC) erreicht und Innovationen im Gesundheitsbereich gefördert werden sollen.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis, den politischen Ordnungsrahmen, die internationalen Normen und Vorschriften, auch durch die Verhandlungen über das zukünftige internationale Abkommen zur Pandemieprävention, -vorsorge und -bekämpfung (PPR) (WHO CA+) zu verbessern. Wir bekennen uns ferner zur Finanzierung der PPR, auch durch den Pandemiefonds, verbesserte Produktionskapazitäten weltweit und die Prüfung eines Finanzierungsrahmens für die Krisenreaktion.

Darüber hinaus rufen wir nach wie vor zu einer Mobilisierung weiterer innerstaatlicher Ressourcen sowie einer effizienten Verwendung vorhandener Ressourcen und zu privater Finanzierung auf, auch durch die Impact-Investment-Initiative (Triple I) für globale Gesundheit.

Aufbauend auf der G7-Vision von Hiroshima für einen gerechten Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen (MCM) begrüßen wir den gemeinschaftlich erzielten Fortschritt in Bezug auf die MCM-Bereitstellungspartnerschaft für einen gerechten Zugang (MCDP) und bekennen uns ferner zu einer Prüfung, mit welcher weiteren Mitteln eine bedeutende Ausweitung der Finanzierung der Produktion, Beschaffung und Bereitstellung von MCM koordiniert und mobilisiert werden kann, darunter Lösungen der Entwicklungsfinanzierung.

Wir werden die umfassende sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte weiter fördern.

<Digitales>

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, Gespräche auf internationaler Ebene über eine inklusive Governance für künstliche Intelligenz (KI) und Interoperabilität zwischen KI-Governance-Rahmenwerken voranzutreiben, wobei wir anerkennen, dass sich die Ansätze und politischen Instrumente zur Erreichung der gemeinsamen Vision und Zielsetzung einer vertrauenswürdigen KI bei den einzelnen G7-Mitgliedern unterscheiden können, um unsere gemeinsame Vision und Zielsetzung einer sicheren, geschützten und vertrauenswürdigen KI im Einklang

mit unseren gemeinsamen demokratischen Werten zu erreichen. Wir billigen die Ergebnisse des Treffens der für Digitales und Technologie zuständigen Ministerinnen und Minister der G7 am 1. Dezember 2023, insbesondere den Umfassenden Politischen Rahmen für den KI-Prozess von Hiroshima und den Arbeitsplan für die Weiterentwicklung des KI-Prozesses von Hiroshima. Wir begrüßen den Umfassenden Politischen Rahmen für den KI-Prozess von Hiroshima. Er stellt den ersten erfolgreichen internationalen Rahmen dar, der Leitsätze und einen Verhaltenskodex für den Umgang mit den Auswirkungen fortgeschrittener KI-Systeme auf unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften umfasst. Wir fordern KI-Akteure auf, die Internationalen Leitsätze des Prozesses von Hiroshima und den Internationalen Verhaltenskodex des Prozesses von Hiroshima zu unterstützen. Der Erfolg des KI-Prozesses von Hiroshima unter dem G7-Vorsitz Japans zeigt, dass wir rasch handeln können, um eine Vorreiterrolle in Bezug auf verantwortungsvolle Innovation und die Regulierung sich entwickelnder Technologien zu übernehmen. Wir blicken mit Zuversicht darauf, den KI-Prozess von Hiroshima im Einklang mit dem von den zuständigen Ministerinnen und Ministern entwickelten Arbeitsplan weiter voranzubringen.

Wir begrüßen den vom Vereinigten Königreich ausgerichteten Gipfel zur Sicherheit von KI und sehen den nächsten, von der Republik Korea und von Frankreich ausgerichteten internationalen Treffen zu KI erwartungsvoll entgegen. Wir bekräftigen die Bedeutung unserer engen Zusammenarbeit mit der OECD und der Globalen Partnerschaft für künstliche Intelligenz (GAPI).

Wir sind entschlossen, zusammenzuarbeiten, um den vertrauensvollen freien Datenverkehr (Data Free Flow with Trust, DFFT) voranzubringen, und begrüßen die konkreten Fortschritte, die bei der Einrichtung der Institutionellen Partnerschaftsvereinbarung in Zusammenarbeit mit der OECD erzielt wurden.

<Schlussbemerkung>

Im Hinblick auf den G7-Vorsitz Italiens 2024 und in unserer Unterstützung der brasilianischen G20-Präsidentschaft streben wir eine friedliche Welt in Wohlstand an, wobei wir auf den in Hiroshima erzielten Ergebnissen aufbauen.

Unter dem Vorsitz Italiens werden wir unsere Unterstützung für die Ukraine fortsetzen und andere Krisen angehen. Wir werden Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern, insbesondere in Afrika, fördern, die von beiderseitigem Nutzen sind. Wir werden zentrale Themen angehen, darunter wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung,

Ernährungs- und Energiesicherheit, Geschlechtergerechtigkeit, KI, irreguläre Migration und Menschenhandel.